

Russlands Strukturkrise

Putins wirtschaftlicher Verrat am eigenen Volk

Benjamin Triebe, Moskau
9. Mai 2014



Der Kreml hat die Modernisierung verpasst. (Bild: Keystone / EPA)

Wirtschaftsliberaler Rhetorik hat der Kreml zu selten Taten folgen lassen. Sollte Putin jetzt die neue nationalistische und protektionistische Wortwahl in eine entsprechende Politik umsetzen lassen, potenziert das den Schaden für das eigene Land.

Da ist es wieder gewesen, das russische Verständnis von Politik als Konfrontation und Nullsummenspiel um Macht und Einfluss. Präsident Wladimir Putin, vor wenigen Tagen gefragt nach seiner Meinung über die jüngst verschärften Sanktionen von USA und EU wegen der Kreml-Politik in der Ukraine-Krise, gab sich kämpferisch: Die Regierung erarbeite Gegenmassnahmen, und auch wenn er diese noch nicht umzusetzen wünsche, so müsse man doch anschauen, «wer was in verschiedenen Sektoren der russischen Wirtschaft tut, auch im Energiesektor». Diese Drohung gegen ausländische Firmen reiht sich ein in die seit Wochen wachsende Phalanx protektionistischer Rhetorik aus allen Ecken des politischen Lagers. Von Enteignungen bis hin zur Zwangsschliessung aller McDonald's-Filialen reichen die Vorschläge. Vor einem Jahr hätte noch kaum jemand solche Wortmeldungen ernst genommen. Jetzt lehrt der Ukraine-Konflikt Unternehmen und Analytiker, dass dem Kreml offenbar nur noch selten zu trauen ist.

Was ist noch sicher?

Man darf gespannt sein, welche nationalistischen Töne heute im ganzen Land in die Feierlichkeiten zum 9. Mai 1945 gemischt werden. Traditionell ist der Sieg über Hitlerdeutschland einer der wichtigsten Feiertage, aufgeladen mit identitätsstiftender Symbolik. Aber selbst wenn nicht die ganz grosse verbale Keule geschwungen wird: Die

Irritation in der Geschäftswelt ist bereits gross, die Erwartungssicherheit klein. Das ist ein ernsthaftes Problem. In- und ausländische Unternehmer müssen verantwortungsvolle Entscheidungen nicht nur für sich, sondern für Mitarbeiter und Eigentümer treffen – und tun das jetzt im Zweifel gegen Russland.

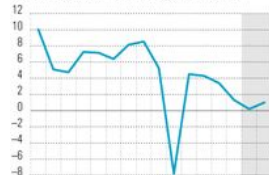
Es ist Putins wirtschaftlicher Verrat am eigenen Volk, dass er den aus seinem Politikverständnis entspringenden Machtbegriff auf ökonomische Verhältnisse überträgt. Er lässt zu, dass im nationalistischen Taumel Protektionismus und Unabhängigkeit vom Ausland als neuer Leitstern am Himmel erscheinen und den Diskurs prägen. In der dritten Amtszeit schenkt der Präsident Russland vielleicht die Krim und Teile der Ostukraine, aber er raubt ihm eine bessere ökonomische Zukunft.

Nicht erst die Globalisierung legt nahe, dass das gegenseitige Erkennen und Akzeptieren von Stärken und Schwächen, eine darauf aufbauende Kooperation zum beidseitigen Vorteil sowie der ungehinderte Austausch von Wissen, Arbeit und Kapital die Entwicklung eines Landes fördern. Selbstisolation ist meist gleichbedeutend mit Rückschritt – besonders im russischen Fall: zum einen angesichts des grossen Nachholbedarfs der Wirtschaft, die sich lösen sollte von der einseitigen Rohstoffabhängigkeit, nicht an die Produktivität gekoppelter staatlicher Lohnpolitik und Umverteilung sowie dem daraus gespeistem Konsum. Zum anderen, weil der Rest der Welt nicht stillsteht. Für jeden Schritt, den Russland heute nicht geht, muss es morgen zwei Schritte tun. Und die Perspektiven des drittgrössten Schwellenlandes waren schon vor der Ukraine-Krise nicht so rosig, wie sie hätten sein können. Russland droht zum Land der verpassten Chancen zu werden.

Russland braucht ein neues Wirtschaftsmodell

Das Aufholtempo lässt nach

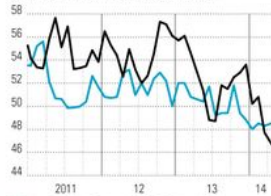
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, in % zum Vorjahr



Quelle: Schätzung IMF

Die Vorzeichen sind schlecht

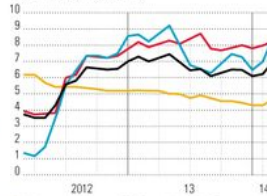
Verlauf der Einkaufsmanagerindizes, in Punkten



Quelle: Verarbeitendes Gewerbe ■ Dienstleistungen

Die Preise steigen

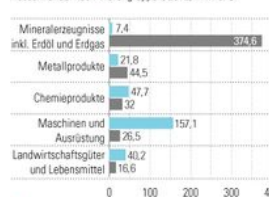
Entwicklung der Inflation, in %



Quelle: Waren ■ Durchschnittliche Teuerung
■ Dienstleistungen ■ Lebensmittel

Die Wertschöpfung findet im Ausland statt

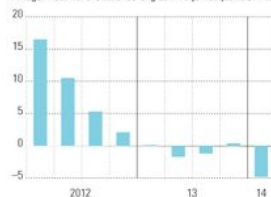
Aussenhandel nach Warengruppen, 2012, in Mrd. \$



Quelle: Importe ■ Exporte

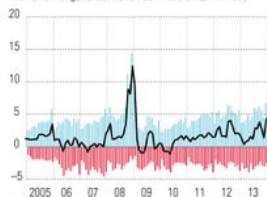
Die Unternehmen wollen Gewinne nicht reinvestieren

Anlageinvestitionen, Veränderung zum Vorjahresquartal, in %



Die Menschen bringen ihr Geld in Sicherheit

Fremdwährungstransaktionen der Haushalte, in Mrd. \$



Quelle: Käufe ■ Verkäufe ■ Netto-Käufe

Ende Mai steht das Economic Forum in St. Petersburg an, die wichtigste russische Wirtschaftskonferenz des Jahres. Präsident Putin wird wohl erscheinen. Teilnehmer fürchten bereits, er könnte auch dieses Jahr eine Standardrede halten, wie sie schon so oft zu hören war: Russland geht es gut, die Wirtschaft ist auf einem guten Weg, wir intensivieren die Zusammenarbeit mit unseren ausländischen Partnern. Das klingt zwar sehr vernünftig, doch die Worte passen je länger, je weniger zur erlebten Realität; Reformankündigungen sind zu oft blosse Versprechen geblieben.

Ein Beispiel stellt die wachsende Abschottung des russischen Marktes durch Importzölle oder Einfuhrstopps aufgrund grosszügig attestierter gesundheitlicher Bedenken dar. Dies geschieht

trotz dem 2012 nach schier endlosen Verhandlungen erfolgten Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO). Dass die EU wegen einer russischen «Recycling-Gebühr» auf neue Automobile, mit denen Zollreduktionen kompensiert wurden, vor die WTO gezogen ist – das empfindet Moskau als böswilligen Akt und will nun gegen den Westen im selben Gremium zu Felde zu ziehen.

Verkennung der Realitäten

Es fällt gelegentlich schwer, mit der russischen Argumentation Schritt zu halten. Jüngst stellte sich Industrie- und Handelsminister Denis Manturow einer Versammlung der Association of European Business, der wichtigsten Vertretung ausländischer Unternehmen in Russland. Die EU ist der grösste Handelspartner des Landes. Gefragt wurde Manturow, wie die Firmen mit dem weichen Rubel umgehen sollen, der die Importpreise verteuert hat. Der Rubel ist aufgrund der russischen Wirtschaftsschwäche und der Ukraine-Krise im Vergleich zum Euro heute etwa ein Fünftel weniger wert als vor einem Jahr. Manturows Antwort lautete: Hätten die Unternehmen ihre Produktion in Russland stärker ausgebaut, dann hätten sie jetzt keine Probleme mit der teuren Einfuhr von Vorleistungen. Der Zerfall des Rubels sei ein Signal, die Lokalisierung zu beschleunigen. Wäre der Saal des Luxushotels nicht mit dickem importiertem Teppich ausgelegt gewesen, man hätte eine Stecknadel fallen hören können.

Russland muss viele Waren einführen, darunter mehr als die Hälfte seiner Lebensmittel. Dies unter anderem deshalb, weil heimische Hersteller, sofern sie existieren, nicht konkurrenzfähig anbieten können. Dennoch heisst es in Moskau oft, wenn ausländische Firmen ihr Geschäft in Russland reduzieren wollen, «dann sollen sie doch». Sie würden grosse Marktanteile verlieren, die nur schwer zurückzugewinnen seien, orakelte auch Manturow. Dahinter verbirgt sich der Irrglaube, Russland sei per se attraktiv für ausländische Firmen.

Die Realität präsentiert sich oft anders: Dass im Land nur eine schwache Zuliefererindustrie existiert, unterhalb der akademischen Ebene häufig Fachkräftemangel herrscht, die Infrastruktur abseits der Zentren stark zu wünschen übrig lässt und die Kosten durch Bürokratie und Korruption bei jeder Unternehmerumfrage als grösstes Hindernis genannt werden – das spielt bei der Frage, ob eine ausländische Firma hier eine Produktion aufbauen soll, eben eine zentrale Rolle. Die kleinen technischen Verbesserungen, die es durchaus gibt, reichen in der Breite als Kompensation nicht aus. Genau deshalb interessieren sich oft nur die global diversifizierten und somit abgesicherten grossen Unternehmen dafür, den Markt nicht nur zu beliefern, sondern im Land eine Wertschöpfung aufzubauen.

Das Verhalten westlicher Firmen war in den vergangenen Jahren allerdings auch geeignet, die Selbstüberschätzung der russischen Politik zu bestätigen. Trotz den ungelösten Problemen hat die Lokalisierung nämlich zugenommen, durchaus nicht nur Automobilhersteller eröffneten in Russland eigene Werke, gründeten Gemeinschaftsunternehmen und schufen Arbeitsplätze (Es geht dabei übrigens meistens nur um Russland als wachsenden Absatzmarkt, wegen der hohen Produktionskosten aber sehr selten um Russland als Fertigungsstandort für den Export in andere Ländern – ganz anders als beispielsweise in China). Doch die Lokalisierung geschah nicht wegen Standortvorteilen, sondern wegen der Abwesenheit von Nachteilen: Wer lokal produziert, wird weniger diskriminiert. Importzölle, die erwähnte «Recycling-Gebühr» oder der Ausschluss von wichtigen Staatsaufträgen konnten so vermieden werden. Ausserdem trösteten die hohen Erlöse, die am aufstrebenden, russischen Markt zu verdienen waren, lange Zeit über die höheren Herstellungskosten hinweg.

Konjunktur im Tal

Das ändert sich gerade. Die russische Wirtschaft ist in ein Konjunktur-Tal gerutscht, auch aufgrund struktureller Probleme wie der veralteten und unterfinanzierten heimischen Industrie, der hohen Abhängigkeit von Rohstoffexporten und der mangelnden Diversifizierung in andere Sektoren mit höherer Wertschöpfung. Wegen der wachsenden Unsicherheit sind im ersten Quartal bereits über 60 Mrd. \$ aus dem Land abgeflossen, so viel wie im Gesamtjahr 2013. Die Russen wollen ihr Geld nicht im Land lassen, das ist ein notorisches volkswirtschaftliches Problem, aber individuell höchst verständlich. Die Investitionen der Unternehmen brechen ein, die Inflation steigt. Wenn es Krisen braucht, um Strukturen aufzubrechen, dann wäre jetzt eine gute Gelegenheit.

Der Internationale Währungsfonds (IMF) revidierte vergangene Woche seine Wachstumsprognose für Russland zum zweiten Mal in einem Monat nach unten und erwartet nun für 2014 nur noch eine minimale Zunahme des Bruttoinlandprodukts um 0,2%. Er fordert explizit eine stärkere Integration des Landes in die Weltwirtschaft. Mit einem Rückzug aus der globalen Verflechtung würde das Land auch nach Meinung des IMF viele Chancen verschenken.

Aber wer kann und will solche Reformen anstossen? Zu den liberalen Hoffnungsträgern gehörte Regierungschef Dmitri Medwedew, der 2008 den Posten des Präsidenten übernahm, als Putin nach zwei Amtszeiten auf den Sessel des Regierungschefs wechselte. Aber wo ist er hin, der freundliche kleine Mann, der so gern Badminton spielt? Er, der Anfang 2013, wenige Monate nachdem er und Putin den Ämtertausch rückgängig gemacht hatten, sagte, nun könne er seine Pläne umsetzen? Gelegentlich taucht er hinter dem Ural auf und ermahnt Schulkinder, Sport zu treiben. Und Putin? Der hat das Land nach der Jahrhundertwende stabilisiert und viel für die krisengebeutelten Russen getan. Doch heute erwartet von ihm kaum jemand noch ernsthafte Strukturreformen – besonders nicht solche, die den Einfluss des Staates zurückbinden.

Übermacht des Staates

In der strukturell viel zu dominanten Rolle des Staates, abgesehen von damit verbundenen «operativen» Problemen wie Bürokratie, Korruption und Rechtsunsicherheit, liegt eines der russischen Hauptprobleme. Der Staat ist an sehr vielen Firmen und Konzernen beteiligt, in «strategischen» Bereichen wie Erdgas und Erdöl hat Putin dies gar für sakrosankt erklärt. Ein einst von Medwedew ausgearbeitetes Privatisierungsprogramm wurde erneut auf die lange Bank geschoben. Dabei müsste es bei der Wahl des Zeitpunkts für Privatisierungen weniger um taktisch hohe Erlöse für den Staatshaushalt gehen (Russland leidet unter vielem, aber nicht unter zu wenig Geld für den Staat), sondern um prinzipielle Modernisierungsvorteile: Private Unternehmen arbeiten in der Regel effizienter als geschützte staatliche, müssen Ressourcen wohlbedacht einsetzen und treiben durch Wettbewerb die Modernisierung voran. Russland hingegen leistet sich eine teure, strukturkonservative und sich selbst antreibende Drehscheibe von Staatsfirmen und Behörden.

Da der russische Staat die private Initiative nicht belohnt, wünschen sich mittlerweile selbst Wirtschaftsstudenten als Karriereziel den sicheren Job beim Erdgasriesen Gazprom. Und wo der Kreml die Unternehmer vertreibt, da springt er selber als «Retter» ein. Der vom Westen sanktionierte Präsidentenberater Sergei Glasjew hat Ideen entwickelt, wie die Wirtschaft komplett auf Selbstversorgung umstellen könnte: Ausländische Guthaben würden eingefroren, Devisentransaktionen beschränkt, der Staat erzwänge die Importsubstitution mit heimischen Produkten.

Zum Wohle Russlands ist zu hoffen, dass diese Ideen nicht verwirklicht werden. Weltoffener hat Putin sein Land aber auch ohne sie nicht gemacht, seit dem Ende der Olympischen Winterspiele in Sotschi, die eigentlich genau dafür hätten stehen sollen. Im nostalgischen Schwelgen an einen falsch verstandenen Begriff nationaler Stärke feiern viele ältere Russen heute ihren Präsidenten. Geht es so weiter, dürften ihn die Jungen morgen als Übel sehen.

«Zwanzig Jahre Diplomatie durch den Abfluss gespült!»

Wenn am heutigen 9. Mai in Russland und auch auf der Krim die Militärparaden anlässlich des Siegs über Hitlerdeutschland abgehalten werden, schwelgt das Land in besonders patriotischer Stimmung. Nach einer Umfrage des unabhängigen Meinungsforschungszentrums Lewada haben Ende April 82% der Russen Putins Arbeit als Präsident befürwortet. Im Januar waren es 65%. Ferner waren 58% (Januar: 43%) der Meinung, das Land bewege sich grundsätzlich in die richtige Richtung. Es ist wohl nicht übertrieben, die Zustimmung auch dem Trommelfeuer der Propaganda zuzuschreiben. Aussenministerium und Staatsfernsehen verkündeten beispielsweise Ende April, Kiew errichte mithilfe der EU im Osten des Landes ein faschistisches Konzentrationslager für prorussische Aktivisten.

Bei einer kleinen, keinesfalls repräsentativen Umfrage in Moskau zeigt sich ein relativ klares Bild: Wiktor, ehemals Ingenieur und nun Rentner, nennt die EU und die USA neben dem ukrainischen Rechten Sektor als Aggressoren in der gegenwärtigen Krise. Die Vorbereitungen hätten dazu vor 23 Jahren begonnen, als die Sowjetunion zusammenbrach. Seit damals hätten die Vereinigten Staaten 5 Mrd. \$ investiert, um in der Ukraine antirussische Stimmung zu schüren. Lidija, ebenfalls im Ruhestand, sieht die Verantwortung beim Westen und bei den Oligarchen: Erst schwächten sie die Ukraine, um sie sich dann unter dem Deckmantel von Hilfsangeboten unter den Nagel zu reissen. Auch Wasili, ein Verwaltungsangestellter, sieht die USA auf dem Vormarsch – sie ergriffen die Gelegenheit, die Nato auszudehnen und Russlands Einfluss in der ehemaligen Sowjetunion zurückzudrängen. Er denkt allerdings auch, dass die Sanktionen des Westens die wirtschaftliche Lage in Russland beeinträchtigen werden – aber die «gewöhnlichen Leute» würden das als Teil des «kalten Krieges» begreifen und so vielleicht gar noch in ihrem Patriotismus gestärkt.

Pawel, ein Wirtschaftsstudent, macht sich jedoch grosse Sorgen: Die drohende wirtschaftliche und politische Isolation habe desaströse Konsequenzen: «Russland hat keine Verbündeten mehr. Zwanzig Jahre Diplomatie werden durch den Abfluss gespült!», klagt er. Auch Michail, ein IT-Student, ist beunruhigt. Er hat sich auf die Programmierung von Android-Anwendungen spezialisiert und fürchtet, vom Zugang zu den neuen Technologien abgeschnitten zu werden.